

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/243

19. Dezember 1972

Die Unterschriften in Ostberlin

---

Aktuelle Anmerkungen zum Thema Grundvertrag  
Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Abbau der militärischen Konfrontation

---

Europa auf dem Weg zu einem großen Ziel  
Seite 3 und 4 / 61 Zeilen

Bauen wurde ganz groß geschrieben

---

Feststellungen zum Etat des Bundeswohnungsbau-  
ministeriums

Von Hedwig Keermann MdB

Seite 5 und 6 / 106 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 129 406  
Pressehaus J, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 686 946 / 686 947/  
686 948 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

## Die Unterschriften in Ostberlin

---

### Aktuelle Anmerkungen zum Thema Grundvertrag

Am 21. Dezember 1972 wird in Ostberlin der Grundvertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet werden. Termin- und sonstige Schwierigkeiten haben es nicht zugelassen, daß diese Unterschriften auf beiden Seiten durch die Regierungschefs vollzogen werden. So bleibt dieser historische Vorgang in den Händen der beiden Unterhändler, Staatsminister Egon Bahr und Staatssekretär Dr. Helmut Kohl, die inzwischen zum stärksten Personalband der neuen Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin geworden sind.

Der Grundvertrag ist nach dem Verkehrs- und den anderen Abkommen einer der wichtigsten und entscheidenden Schritte auf dem Wege zu einer angestrebten Normalisierung des zwischen-deutschen Verhältnisses. Dieser Entschluß, der nach Lage der Nachkriegsdinge zu den spektakulärsten Vorgängen in Europa gehört und der beiden Seiten Opfer und Zugeständnisse abverlangt, ist in der ganzen Welt mit Aufatmen und Zustimmung bestätigt worden. Von der sich anbahnenden Normalisierung zwischen BRD und DDR, die beide in jeweils ihrem Zugehörigkeitsbereich zu den herausragenden Staaten gehören, erhoffen sich nahe und ferne Nachbarn einen guten Einfluß auf das ost-westliche Spannungsfeld, und damit auf die Sicherung des Friedens. Die anlaufenden Verhandlungen in der "Konferenz für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa" und in der Tagung für gegenseitige abgewogene Rüstungsverminderung (MBFR) werden durch den Beginn dieser zwischen-deutschen Normalisierung positiv begleitet.

Die Gefühl, die wir bereit sind, im außenpolitischen Gebiet aufzubringen, werden wir auch im Revier der unmittelbaren Beziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR aufzubringen haben. Die von jedermann, der sich im Interesse des Friedens und seiner Sicherung der Entspannung verschrieben hat, verurteilte Ausnahme-situation zwischen BRD und DDR und insbesondere an ihrer Grenze kann, so energisch wir das anstreben, nicht mit einer Unterschrift allein beseitigt werden. Abgesehen davon, daß der Grundvertrag auch noch ratifiziert werden muß, bevor er in Kraft treten und die damit verknüpften Folgerungen verwirklichen kann,

werden die letzten Jahrzehnte nicht einfach aus der Erinnerung und aus der Gegenwart gewischt werden können. So sehr wir einen möglichst schnellen Anlauf und Verlauf der Normalisierung und der Humanisierung der BRD-DDR-Beziehungen wünschen und, zugegeben, erwarten, so sehr wissen wir auch, daß wir es auf beiden Seiten mit Menschen zu tun haben, die sich an den neuen und für sie oft unerwarteten Zustand erst gewöhnen müssen, um ihn dann aktiv mitrealisieren zu können.

Das bedeutet natürlich keine irgendwie geartete Billigung von Maßnahmen genereller oder individueller Art, die dem Geist und den Buchstaben des Grundvertrages und der dort festgeschriebenen menschlichen Erleichterungen widersprechen oder gar zuwiderhandeln. Die Normalisierung von Beziehungen kann im Einzelfall oder in breiteren Vorgängen durchaus zu Unbequemlichkeiten und zu einem plötzlich als Mißstand empfundenen Zurückrücken von eingefahrenen, aber damit noch keineswegs auch optimalen Zuständen führen. Dieser Veränderung zum Realismus wird man Rechnung zu tragen haben, geistig und praktisch, auch wenn dabei eine sowieso nur als Selbsttäuschung vorhandene "Ruhe" dann auf einmal zur Unruhe wird. Eine moderne Welt, in der Kommunikation ganz groß geschrieben wird, verträgt keine Isolierung und läßt sie nicht zu.

Die Opposition in der Bundesrepublik hat sich im Blick auf den 21. Dezember zur "Noin"-Aussage formiert, wobei sehr eindringliche Stimmen, die zum Maßhalten und zur sorgfältigeren Überlegung raten, in dem von der CSU beeinflussten und geführten Anti-Chor untergehen. Es wäre tragisch, wenn die emotionalen Auswirkungen des 19. November die Oberhand über das nüchterne Denken finden sollten. Die Zeit bis zum Termin der Ratifizierung des Grundvertrages ist daher von allen Seiten zu nützen; einmal auf Seiten der Opposition, um sich durch Beratungen und Erörterungen ohne selbstgesetzten Zeitdruck dem Stande des Seins zu nähern oder ihn gar zu erreichen; und auf Seiten der Koalition und der Regierung, um mit auch weiterhin detaillierten Faktendarstellung jedermann in der Bundesrepublik die Chance der Vollinformation zu geben. Das entspricht, auf beiden Seiten, der großen und weitreichenden Bedeutung des Grundvertrages.

(cc: 19.12.1972/ks/ee)

### Abbau der militärischen Konfrontation

#### Europa auf dem Weg zu einem großen Ziel

Militärisches Mittel zur Verhinderung des heißen Krieges: Das ist die NATO wie sie jeder kennt. In der Zeit der Konfrontation zwischen Ost und West blieb Europa länger als ein Vierteljahrhundert frei von Krieg; auch und nicht zuletzt dank dieser NATO.

Nun nimmt eine andere NATO Gestalt an: Als politisches Instrument belebt das Bündnis Verhandlungen zwischen Ost und West. Selbstbewußt hat diese andere NATO ihren Platz im Spannungsgelände auf dem Wege zu einem besser gesicherten und dauerhaften Frieden für Europa eingenommen. Mit dem Signum "Sicherheit und Entspannung" ist diese Position markiert. Zwei deutsche Sozialdemokraten, Helmut Schmidt als Fraktionsvorsitzender und Willy Brandt als Außenminister, haben vor Jahren mit MBFR (Multilateral Balanced Force Reduction) die Kompaß-Zahl zum Ziel ausgewogener Reduzierungen von Truppen und Rüstung in Europa gegeben. Das Ziel ist also im Visier; und am 31. Januar 1973 wird es darüber in Genf zu ersten vorbereitenden Gesprächen zwischen den mitteleuropäischen Mächten aus Ost und West kommen.

Ein relatives militärisches Gleichgewicht der Kräfte hat den relativen Frieden in Europa bisher erhalten. Ein "mehrdimensionales" Konzept von Sicherheit und Entspannung ist im Werden. Es ist schwieriger zu praktizieren als die klassische reinmilitärische Gleichgewichtstheorie. Es ist aber auch gefährlicher, damit umzugehen. Schnelle Lösungen sind nicht zu erwarten. Ein MBFR-Abkommen, das die Sicherheit gefährdet, wäre widersinnig. Seine Reduzierung

von Truppen und Rüstung, durch welche die prekäre Machtbalance ins Wanken käme, brächte Sicherheit und Frieden in größte Gefahr.

Ziel der Allianz ist daher Entspannung bei gleichzeitiger Wahrung der Sicherheit des Bündnisses. Das heißt auch, daß der Eindruck nicht entstehen darf, als ob MBFR für die NATO nur ein Vorwand für Truppen- und Rüstungsreduzierung sei, die ohnehin bald billiger - weil ohne Gegenleistung - zu haben wäre.

Man sollte sich vor falschen Hoffnungen hüten: MBFR führt zunächst nicht zu weniger Verteidigungsleistung oder zu mehr Kostenersparnis. Ganz im Gegenteil. MBFR dürfte - vorerst jedenfalls - qualitative Verbesserungen der Verteidigungsleistungen aller Partner erfordern. Sie werden ihren Preis kosten; denn Entspannung ist nicht weniger teuer als Sicherheit - auf keinen Fall im gegenwärtigen Stadium.

Im Gegensatz zu SALT - dem Gespräch über eine Begrenzung der strategischen Waffen zwischen USA und UdSSR - ist das Nordatlantische Bündnis bei MBFR-Verhandlungen in einer wesentlich schwierigeren Lage, weil aus einer Position konventioneller Unterlegenheit heraus verhandelt werden muß.

Bundesverteidigungsminister Georg Leber mahnt daher zu Geduld, Realismus und Vorsicht. Die Sowjetunion hat bisher das Tempo der Rüstungseskalation bestimmt. Sie kann diese Steigerung stoppen, um zu mehr Vertrauen und mehr Sicherheit beizutragen. Der deutsche NATO-Partner hat entscheidenden Anteil am Zustandekommen des MBFR-Dialogs, von dem maßvolle Vertrauensbildung erwartet wird. Einigkeit und Festigkeit des Bündnisses sowie vernünftige Bereitschaft der Sowjetunion zu einem Abbau der militärischen Konfrontation sind die Voraussetzungen für den Erfolg der Bemühungen der anderen NATO.

Bundesverteidigungsminister Georg Leber hat dies kürzlich bei den NATO-Konferenzen in Brüssel deutlich zum Ausdruck gebracht. Es ist zu wünschen, daß er auf beiden Seiten verstanden wird.

(pk/19.12.1972/bgy/ee)

## Bauen wurde ganz groß geschrieben

### Feststellungen zum Etat des Bundeswohnungsbauministeriums

Von Hedwig Meermann MdB

Der Bundestag bewilligt mit dem Haushalt 1972 Gelder, die bereits ausgegeben werden mußten. Lohnt es sich, überhaupt noch darüber zu reden? Ich meine, es lohnt sich insbesondere bei den Haushalten, die durch neue politische Zielrichtungen verändert wurden. Das ist zweifellos der Fall im Haushalt des bisherigen Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen, Dr. Lauritz Lauritzen, der sein Amt nach sechsjähriger erfolgreicher Tätigkeit aufgab, um dem neuen Kabinett als Verkehrsminister anzugehören.

Sozialer Wohnungsbau, Wohnungsbauprämien und Wohngeld sind die Säulen dieses Haushaltes geblieben. Aber sie wurden in den letzten Jahren überproportional verstärkt. Ihre Bedeutung für das gesamte Wohnungsgeschehen ist gewachsen.

Beginnen wir mit dem sozialen Wohnungsbau. Als Dr. Lauritzen im Rezessionsjahr 1966 sein Amt übernahm, war die Bundesleistung für den sozialen Wohnungsbau mit einem Anteil von 7,6 vH. auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt.

Der Bewilligungsrahmen - der für den sozialen Wohnungsbau aussagekräftiger ist als die Sollzahl des Haushalts - betrug damals noch ganze 600 Millionen DM. Heute ist er mit drei Milliarden DM auf das Fünffache angestiegen. Dieses verstärkte Engagement des Bundes ist den Ländern hochwillkommen. Ich will aber nicht verschweigen, daß es auch nötig ist. Probleme hat es im Wohnungsbau in den letzten 20 Jahren immer gegeben; aus den unterschiedlichsten Gründen. Zur Zeit bereitet die Finanzierung besondere Sorge: Die Kapitalkosten sind hoch. Die Baupreissteigerung hat sich seit ihrem Höhepunkt im Jahre 1970 zwar verlangsamt, ist mit derzeit sieben vH. aber immer noch beachtlich. Die Bodenpreise sind unter den CDU-geführten Regierungen ausgeufert. Erst unter der Regierung Brandt/Scheel konnte das Städtebauförderungsgesetz verabschiedet und damit wenigstens in den Sanierungs- und Entwicklungsgebieten eine Eindämmung erzielt werden.

Wenn trotz dieser Schwierigkeiten das Tief im sozialen Wohnungsbau überwunden werden konnte, so ist das vor allem der kräftiger gewordenen Initialzündung des Bundes zu verdanken. Sie zeigt sich insbesondere im Intensivprogramm, also dem Wohnungsbau für die Kinderreichen, die alten Menschen und die Schwerbeschädigten; im Wohnungsbau für die Aussiedler und Flüchtlinge; und im Regionalprogramm für den Wohnungsbau in Entwicklungsschwerpunkten, das der Bund allein finanziert. Ein Lieblingskind übrigens von Dr. Lauritzen; es kam, künftige Entwicklungen vorbereitend, schon zur Welt, als die Raumordnung noch in der Kompetenz des Innenministers war.

Der Erfolg: Im Jahre 1971 konnten rund 194.000 Sozialwohnungen und 25.000 Heimplätze bewilligt werden. Diese Zahlen kommen den Zielvorstellungen der sozialliberalen Koalition recht nahe und werden sich auf die Fertigstellungsergebnisse der Jahre 1972 und 1973 positiv auswirken. Heute schon steht fest, daß in der Gesamtwohnungsbauleistung das Jahr 1972 ein Rekordjahr sein wird. Es wird allen Vorausschätzungen nach das bisherige Höchstergebnis von 624.000 Wohnungen im Jahre 1964 noch übertreffen.

In der Öffentlichkeit wird oft übersehen, wie kräftig der Bund neben dem sozialen Wohnungsbau auch den allgemeinen Wohnungs-

bau fördert. Allein für die Bausparprämien gibt er zurzeit dreimal soviel Geld aus wie 1966, nämlich 1,3 Milliarden DM, also mehr als ein Drittel des Gesamthaushaltes des Bundeswohnungsbauministers. Dabei stellen die Steigerungsraten der letzten Jahre einen weiteren Beweis für die Attraktivität des unter der SPD/FDP-Regierung geschaffenen 624-DM-Gesetzes dar. Diese Art der Wohnungsbauförderung hat außerdem den Vorzug, sozial gerechter zu sein als einige Steuerbegünstigungen für den Wohnungsbau, mit denen sich die Steuerreform noch befassen muß.

Staatliche Hilfen zum Wohnungsbau haben die Bürger unseres Landes immer gerne genutzt. Auch wenn sie - wie beim sozialen Wohnungsbau - dabei ihre Einkommensverhältnisse offenlegen mußten. Dagegen nahmen sie die individuelle Hilfe des Wohngeldes, das die gemietete oder eigene Wohnung wirtschaftlich tragbar machen soll, zunächst nur zögernd an. Sie fürchteten den "Fürsorgegeschmack". Der ist aber mit der Verabschiedung des vereinfachten und in seinen Leistungen verbesserten Wohngeldgesetzes von 1970 endgültig verschwunden. Das Wohngeld ist selbstverständlich geworden. Im Bundeshaushalt wirkt sich das so aus: 1972 mußte mit 675 Millionen DM ein mehr als dreimal so hoher Betrag eingesetzt werden wie 1966 ausgegeben wurde. Hierbei ist ebenso wie bei den Wohnungsbauprämien zu berücksichtigen, daß die Leistungen des Bundes nur die Hälfte ausmachen. Die andere Hälfte tragen die Länder.

Alles in allem: Der Haushalt des Wohnungsbauministers zeigt, daß die Bundesregierung die Sorge um die Wohnung der Menschen als eine Steueraufgabe betrachtet und die finanziellen Konsequenzen daraus zieht.

Natürlich findet nicht alles, was im Dienst einer wirklich sozial verpflichteten Wohnungspolitik getan wurde, seinen Niederschlag in Mark und Pfennig. Ein herausragendes Beispiel dafür sei hier erwähnt: SPD und FDP haben dafür gesorgt, daß sich der vertragstreue Mieter in seiner Wohnung sicher fühlen darf. Ist es wirklich erst ein Jahr her, daß gegen den erbitterten Widerstand von CDU und CSU im Bundestag und Bundesrat in vier dramatischen Abstimmungen ein Gesetz durchgesetzt wurde, das eigentlich Selbstverständlichkeiten enthält? Oder ist es etwa nicht selbstverständlich, daß eine Wohnung nicht ohne wichtigen Grund gekündigt werden und die Miete den ortsüblichen Rahmen nicht übersteigen darf? Bald wird niemand, der die politischen Begleitumstände nicht kennt, mehr recht verstehen können, warum dieses Gesetz einmal so umstritten war.

Aber zurück zum Zahlenwerk des Haushalts, das in den letzten beiden Jahren um zwei neue Positionen mit bedeutsamen politischen Hintergrund angewachsen ist. Sie betreffen die Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz und die wissenschaftliche Forschung im Städtebau und Siedlungswesen. Ganz sicher stellen sie nicht das Ende, aber wohl eine wichtige Zwischenstation auf einem sehr langen und mühsamen Wege dar, den Bundesminister Dr. Lauritz Lauritzen gegangen ist: Den Weg von der Wohnungsbaupolitik zur Städtebaupolitik, der nun auch in die Raumordnung führen wird. Dafür gebührt ihm in der Stunde des Abschieds von dem ihm lieb gewordenen Ministerium Dank und Anerkennung.

Die Befestigung dieses Weges durch ein soziales Bodenrecht hat Dr. Lauritzen noch vorbereitet. Sein Nachfolger, Dr. Hans-Jochen Vogel wird sie zusammen mit dem Deutschen Bundestag vollenden.

(-/19.12.1972/bgy/ex)